Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

wird dann maniriert. Das sind die weniger gelungenen seiner Werke. Daß er aber so ist, wie er ist, nimmt dem Wert seiner Werke nichts, sondern gibt ihnen gerade ihren Reiz: diese Welt ist eng, aber natürlich gewachsen, voll Farbe und Freude des Wohlgeratenseins. Eben darum wirkt dies enge flämische Weltlein hinaus in eine weite Welt.

Auch der größte Dichter der anderen Richtung in Flandern, Karel van de Woestijne, hatte im Grunde keine weitere, wenn auch eine ganz andere Sphäre: die seines eigenen Ich, das in Rausch, Phantastik und Erlösungssehnsucht hin und her schwankte. Doch ist er den Dichtern ähnlicher Art in Frankreich (Henri de Régnier) oder Deutschland (dem frühen Hofmannsthal) zu ähnlich, als daß man ihn noch hätte übersetzen wollen. Er ist gewiß der größere Künstler, wenigstens der größere Könner, aber er hat dennoch weniger Eigenart als Timmermans. Bei all den Anderen dieser Richtung liegt es für die Besten ebenso; das Werk der meisten aber verrät überhaupt mehr Theorie als Natur; Intellekt und Geschmack sind wach, aber die Kraft ist nicht ebenbürtig.

Dennoch kann Flandern nicht immer das Land Timmermans' bleiben, das ist offenkundig. Je mehr es sich politisch in Belgien durchsetzt, desto mehr wird es in das europäische Leben mit hineingezogen. Und das geschieht gerade in diesem Krisenmoment nicht nur der Wirtschaft und Politik, sondern ebenso alles geistigen Schaffens. Das Schicksal der Literatur Flanderns mündet hier in das aller abendländischen Kultur überhaupt ein.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Europas Wirtschaft in Auflösung. / Sind wir gerüstet? / Tardieus Donauplan. / Fünf Minuten vor dem Zonenprozeß.

Läßt sich auf politischem Gebiet der Bankerott der Nachkriegsordnung durch geschäftige Betriebsamkeit und durch einen starken Aufwand an Rede- und Resolutionstätigkeit augenblicklich auch noch verschleiern, so fallen die Luftschlösser auf wirtschaftlichem Boden doch jetzt zusammen. Erfrischend wie ein Gewitter im schwülen Hochsommer hat in der Schweiz die Rede von Direktor Stucki in Genf am 18. September 1931 gewirkt. Er wandte sich energisch gegen das Heer derjenigen, „die beinahe berufsmäßig immer neue Hoffnungen wecken und dergleichen tun, als ob Grund zu Optimismus vorhanden sei". Wie lange warten wir nun schon in der Politik auf ein solches Wort aus schweizerischem Munde!

Erst hatte man zur Rettung der Wirtschaft zu den alten illusionären Hilfsmitteln gegriffen, die heute in der Politik noch gang und gäbe sind. Man vertraute auf die Macht des Völkerbundes, und die Wirtschaftskonferenz von 1927 versprach in ihren Resolutionen den Himmel auf Erden. Aber die Empfehlungen wurden nicht befolgt und die Beschlüsse von den Regierungen nicht ratifiziert. Darauf wollte man sich wenigstens mit einem Zollwaffenstillstand zufrieden geben.

Und schließlich blieb alles, wie es war, und der in allen Orgeltönen singende Berg hatte nicht einmal eine Maus geboren. Man wies die Staaten wieder auf den Abschluß von Handelsverträgen hin. Auf wirtschaftlichem Gebiet blühte dem Völkerbund kein Erfolg; es wird auch so bleiben, denn wenn der kanadische Vertreter bei der Besprechung von Maßnahmen zugunsten der Getreideländer in Osteuropa erklärte: „Die Universalität des Völkerbundes verlangt gleiches Recht für alle, Privilegien für niemand", so zeigt dieser Grundsatz eine konstitutionelle Hauptschwäche des liberal aufgebauten Völkerbundes.

Die Schweiz hat daraufhin, aufs schwerste durch die Entwicklung der Dinge bedrängt, in der Außenhandelspolitik wiederum ihre Handlungsfreiheit in Anspruch genommen. „Wir müssen eine neue Politik einschlagen und wir verlangen heute hierzu nicht nur die politische, sondern auch die moralische Freiheit, und wir stehen in aller Offenheit zu dieser neuen Politik", erklärte Direktor Stucki in Genf.

Vorerst wurde am 14. Dezember der schweizerisch-deutsche Handelsvertrag gekündigt. Der Strom billiger deutscher Waren, der über die Grenze brandete, drohte unsere einheimische Erzeugung zu ertränken. Von 1927 bis 1930 ist die schweizerische Ausfuhr nach Deutschland von 398 Mill. Fr. auf 282 Mill. Fr. gesunken, während die Einfuhr aus Deutschland von 542 auf 709 Mill. Fr. gestiegen war und in letzter Zeit bedrohlich noch mehr anschwoll. Die getroffene Maßnahme fand in Deutschland natürlich eine schlechte Presse; sie wurde indessen von den Verhältnissen unbedingt gefordert. Allerdings fehlte bei uns weitherum das Verständnis für den Ernst der Lage und namentlich für die tiefere Wurzel. Deutschland betrieb einen Exportausverkauf zu „Katastrophenpreisen", weil es unter allen Umständen zu liquiden Auslandsguthaben kommen mußte. Deutschland konnte Reparationsverpflichtungen nur erfüllen, wenn es ihm gelang, für diese Beträge Waren auszuführen. Nahmen seine Gläubiger auf Rechnung ihrer Forderung selber keine Waren, weil sie darin ersticken würden, so mußte Deutschland an Dritte verkaufen. Die Untersuchungen ergaben nun die „auffällige Tatsache", daß von 1924 bis 1930 Deutschland seine Reparationszahlungen nicht aus eigenen Mitteln entrichtet hatte, sondern aus den ihm fortlaufend gewährten Krediten. Als die Geldgeber das gewahr wurden und das ungesunde Pumpsystem im Juli 1931 zusammenbrach, war Deutschland gezwungen, durch Ausfuhr von Leistungen und Sachwerten sich die nötigen Auslandsguthaben zu schaffen. Die Reparationen, ursprünglich als Sicherungsklammer für Deutschland gedacht, wurden zur Fuchtel für die europäische Wirtschaft. Auch die schweizerische Wirtschaft, die „weder am Krieg beteiligt noch für die Verträge verantwortlich" ist, bekam diese Fuchtel zu spüren. Die übermäßige Steigerung der deutschen Ausfuhr brachte einen schweren Preisdruck mit sich, der die deutsche Kaufkraft lähmte und hier einen wertvollen Absatzmarkt für hochwertige, krisenempfindliche schweizerische Produkte lahmzulegen droht. Die deutschen Waren überschwemmten aber auch die Schweiz und drohten der einheimischen Industrie den einheimischen Markt zu entziehen; auch auf den ausländischen Märkten wurden die schweizerischen Waren von der billigen deutschen Konkurrenz verdrängt. Führende Kreise unserer Wirtschaft waren sich des Zusammenhanges schon lange bewußt. Direktor Bindschedler von der Schweiz. Kreditanstalt, der durch seine Mitwirkung in den Stillhalteverhandlungen und durch seine sonstige berufliche Stellung mit den Verhältnissen wohlvertraut ist, wies in seiner Rede am schweizerischen Bankiertag in Lausanne eindringlich auf den engen Zusammenhang von Wirtschaftskrise und Verschuldung hin. Dr. Bachmann, Generaldirektor der Schweiz. Nationalbank, erklärte: „Erschwert oder verwehrt man gar den Warenexport, den diese mehr oder weniger verarmten Länder als einziges Aktivum zur Bezahlung ihrer gesamten Auslandsverpflichtungen bieten

können, so verunmöglicht man ihnen gleichzeitig eine Verzinsung und Abzahlung ihrer Auslandsschulden". Die Reparationen drückten somit nicht nur auf unseren Export, sondern auch auf den Ertrag und die Rückzahlung unserer großen ausländischen Guthaben. Trotzdem setzte sich die „Neue Zürcher Zeitung" über solche Feststellungen mit der Bemerkung hinweg, aus einer Aufwerfung der Reparationsfrage würde eine „starke Gleichgewichtsstörung" entstehen und wies hin auf „weltpolitische und volkswirtschaftliche Gefahren, die sich aus einem Versuch Deutschlands, die Reparationen vollständig abzuschütteln, für Gegenwart und Zukunft ergeben könnten". „Deutschland versteht es, in bedrängter Lage seine Schwächen international als Aktivum auszuwerten." Sie vermochte immerhin nicht, wirtschaftlichen Stimmen den Zutritt zu verwehren, welche feststellten: „Die Schweiz ist kein Reparationsgläubiger. Man wird ihr deshalb doch wohl nicht zumuten können, daß ausgerechnet auf ihrem schmalen Rücken sich die Exekution dieser Kriegsforderungen abspielt." Vorläufig ist es Frankreich gelungen, die geplante Reparationskonferenz in Lausanne zu verschieben. Unterdessen zersetzt sich die europäische Wirtschaft im Schatten von Frankreichs Beharrungspolitik immer mehr. Jedes Land handelt auf eigene Faust, sperrt seine Grenzen mit Hochschutzzöllen, Kontingentierungsmaßnahmen und drosselt die Einfuhr mit karger Devisenabgabe, sucht anderseits mit Kontingentierungsabkommen vom ausländischen Markt zu behalten, was noch möglich ist. England hat, unter allgemeinem Katzenjammer aller Freihändler, unter der Führung einer nationalen Regierung, in der Arbeitervertreter sitzen, den Hochschutzzoll eingeführt und zudem die Goldwährungsländer in Schrecken versetzt durch seine Lohn- und Preissenkungsaktion mittels künstlicher Inflation, der die skandinavischen Länder gefolgt sind. Amerikas Goldwährungstreue, derer sich Laval auf einer Amerikareise besonders versichert hat, genießt auch nicht mehr volles Vertrauen. Frankreich selber, das am längsten von der Wirtschaftskrise verschont blieb, hat zu Schutzmaßnahmen gegriffen und auch der Schweiz ohne lange Verhandlungen einige Beschränkungen betr. elektrische Maschinen und Apparate diktiert.

* * *

Für die Schweiz handelt es sich darum, ob sie zugunsten ihrer internationalen Beziehungen ihren hohen Lebensstandard opfern, oder sich als Lohn- und Preisinsel verteidigen und eine nationale Wirtschaftspolitik betreiben soll. Letzteres wird dadurch erschwert, daß die Schweiz mit ihrer starken relativen Überbevölkerung unbedingt auf Export angewiesen ist, obschon man hier in den letzten Jahren, wie die erschreckend gewachsene Passivität unserer Handelsbilanz zeigt, auf zu hohem Fuß gelebt hat. Die Schweiz wird sich aber auf die Dauer nicht gegen eine Anpassung ihrer Lebenshaltung wehren können.

In der Auseinandersetzung über die zu treffenden Maßnahmen zeigen sich die Interessengegensätze in aller Schärfe. Es ist alles eher als der Wille zu finden, als Volksgemeinschaft gemeinsam Opfer auf sich nehmen zu wollen. Kapitalismus und Marxismus haben hier schon stark gesündigt. Exportindustrie, Handel, Finanz, Inlandsproduktion und Landwirtschaft führen einen scharfen Kampf darum, wer die Kosten zu tragen habe. Erklären Bundesrat und Exportindustrie bestimmt: „Die Schweiz kann keine Preisinsel sein", so entgegnet Prof. Laur in der „Schweiz. Bauernzeitung" drohend: „Sie muß eine Preis- und Lohninsel sein". „Die Preise müssen erhöht werden, wenn die Bauernsame nicht rasch in tiefe Not kommen soll". Die Sozialdemokraten erklären, es handle sich um eine Krise des Systems: „Nur wenn an die Stelle des Profitstrebens das Streben tritt, das Bedürfnis der Menschheit an Gütern zu decken, wird die Krise zu Ende gehen". Vor allem wenden sich die Gewerkschaften in aller Schärfe gegen jeden Lohnabbau, auch in Verbindung mit Preisabbau, da dann, wie die deutschen Erfahrungen lehrten, sich das Realeinkommen des Arbeiters verschlechtere. Die Sozialdemokratie ver-

langt die Einführung einer Krisensteuer von Bundes wegen und will dafür eine außerordentliche Session der Bundesversammlung einberufen, die Schaffung von Arbeitsbeschaffungsstellen, Schutzmaßnahmen gegen den Export von Halbfabrikaten, die dazu dienen, im Ausland schweizerische Fabrikate zu konkurrenzieren, die Schaffung einer Kommission für Gewinnung neuer Absatzgebiete aus Vertretern der Gewerkschaften, der technischen Schulen und der Vorstände der Wirtschaftsverbände. Sie entfaltet eine rege Aktivität, da für sie der Umstand, daß der Staat wieder verstärkt die Führung in der Wirtschaft beansprucht, eine neue Verheißung für den kommenden Sozialismus bedeutet. Im Außenhandel fordert sie „ein Kompensationssystem, das auf Monopolen aufgebaut ist" und stimmt daher auch für die Butterzentrale, indem sie eine Ausdehnung auf andere Waren, wie Kohle, Benzin usw. wünscht.

Die Beratungen in der Bundesversammlung zeigten kein erhebendes Bild. Unter langen Reden wurden einzig von einem Wirtschaftsvertreter neue sachliche Vorschläge gemacht. Es zeigte sich deutlich, daß eine parlamentarische Körperschaft, aufgebaut auf den Parteien, nicht imstande ist, sachgemäß wirtschaftliche Fragen zu erledigen. Es ist dem Zufall überlassen, ob darin berufene Vertreter der Wirtschaftsverbände sitzen, und die sachverständigen Voten gehen unter im Wust der Parteimeinungen. Gerade heute in einer Zeit aktiver staatlicher Wirtschaftspolitik erhebt sich die Forderung nach einem berufsständisch organisierten Wirtschaftsrat, der nicht nur beratende Funktionen hätte, eindringlicher denn je Zudem könnte manche der heute notwendigen staatlichen Maßnahmen bei einer öffentlich-rechtlichen Organisierung der Berufsverbände diesen zur Erledigung übertragen werden und der Staat sich auf eine Aufsicht zurückziehen, während wir heute in bedenklichem Maße einem bürokratischen Staatssozialismus und Staatskapitalismus entgegensegeln.

Dem Bundesrat hat man vorgeworfen, seinen Maßnahmen fehle die bestimmte Richtung und ein Programm für die Zukunft. In der Tat bekannte sich Bundesrat Schultheß zu dessen Aufstellung außerstande und erklärte als einzig möglich, „sich jeweils der Lage anzupassen", „unsere Taktik nach den Bedürfnissen zu richten". Die „Basler Nachrichten" sprachen von einer „bloßen Vertagung der Lösung des Hauptproblems". Sie verlangen eine Politik, „welche resolut das Ganze und die Zukunft unserer Gesamtwirtschaft ins Auge faßt". „Für die Politik der kleinen Mittel, des Flickens und Ausbesserns ist die Zeit abgelaufen". Und C. Jenny schrieb in der „Neuen Zürcher Zeitung" von „höchst bedenklichen Improvisationen" und „Palliativmitteln". Auch die Sozialisten vermißten eine grundsätzliche Haltung. In der Tat schillern die bundesrätlichen Kundgebungen in allen Farben. Man will scheinbar die „Quadratur des Zirkels" doch versuchen und die widerstrebendsten Interessen unter einen Hut bringen: „Deflations"- und „Kaufkrafttheorie", Theorie der freien Wirtschaft und stärkste staatliche Eingriffe mit Einfuhrmonopolen, Appelle an „die Einsicht des Publikums" bei gleichzeitiger Feststellung, daß auf dem Boden der Freiwilligkeit nichts Nützliches zu erwarten ist. „Du glaubst zu schieben und du wirst geschoben", stellte Nationalrat Schirmer fest.

Starres Festhalten am Liberalismus hindert uns heute daran, das zu tun, was not tut. Aber die fortschreitende Abkehr von einer individualistischen liberalistischen Wirtschaft ist nicht mehr aufzuhalten. „Auf einen bedauerlich kleinen Raum ist die Kontroverse um die freie Wirtschaft gedrängt worden. Über die ihr angelegten Fesseln konnte nur noch geklagt werden, und im gleichen Atemzuge mußte zugestanden werden, daß die Wirtschaftskreise, die bis jetzt den Liberalismus hochhielten, nun auch an Staatshilfe, die ohne Staatseingriffe kaum denkbar sein wird, zu sinnen gezwungen sind", klagt die NZZ. Umsonst kämpfen alte Wirtschaftsführer, wie Nationalrat Sulzer, C. Jenny u. a. verzweifelt gegen den

Untergang der freien Wirtschaft. Letzterer ruft seinen Kollegen zu: „Kein Industrieller sollte auch nur 5 Rp. annehmen", sonst sei „in nur allzu kurzer Zeit die schweizerische Nation nur noch ein trauriges Abbild des Schweizervolkes um die Jahrhundertwende". Die Bauernschaft hat ihre alten liberalen Eierschalen scheinbar auch abgestreift, denn in der „Schweiz. Bauernzeitung" erhebt sie ihre Forderungen unter dem Titel „Was heute ein schweizerischer Bauern-Mussolini tun würde".

* * *

Angesichts der wirtschaftlichen Auflösung in Europa wächst das Interesse an regionalen Zusammenschlüssen. Darum hat Tardieus Plan, die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns zu einer Donaukonföderation zusammenzufassen mit der Schaffung von Präferenzzöllen, Kontingentierungsmaßnahmen gegen außen, verbunden mit einer weitgehenden Finanzhilfe, so starken Widerhall gefunden. Die Aufnahme war bei den beteiligten Donaustaaten eine sehr kühle, bedeutet Tardieus Plan ja „praktisch nichts anderes, als die Eingliederung Ungarns und Österreichs in das politische System der Kleinen Entente". „Dazu vernimmt man aus den Kreisen der Kleinen Entente, daß der Quai d'Orsay die Absicht hegt, jede weitere Radikalisierung Deutschlands auf internationalem Gebiet zu paralisieren, indem die Schutzwälle im Osten und Südosten erhöht werden, um die gerade in den Donauländern fühlbare Annäherung zwischen Rom und Berlin auch territorial zu unterbinden" (wg. in NZZ).

England hielt mit seiner Meinung am längsten zurück. Einerseits ist es an einer Neuordnung im Donaubecken stark interessiert, weil die meisten dort investierten Kapitalien englischen Ursprungs sind und weil England daher jede Gelegenheit gerne benützt, die dort festgefrorenen Kredite wieder frei zu bekommen. Anderseits legt ihm Kanada starke Bindungen gegen eine allzu weitgehende Unterstützung der östlichen Getreideländer auf. Italien begrüßte einen positiven Schritt zur Gesundung der Zustände im Osten und teilte mit, daß es durch Einräumung direkter Transport- und Transiterleichterungen, sowie durch finanzielle Hilfe an Österreich und Ungarn bereits in dieser Richtung gearbeitet habe. Im übrigen forderte es die Mitwirkung der wichtigsten Hinterländer Italien und Deutschland. Das Projekt, das die starken italienischen Interessen im Osten gefährden kann, wird von dieser Seite mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Deutschland weist darauf hin, daß eine Donaufföderation vor allem den Absatz der agrarischen Produkte sicherstellen müsse, was eine Heranziehung des großen deutschen Absatzmarktes zur unbedingten Notwendigkeit mache. Daß Deutschland sich nicht beiseite schieben läßt, zeigt sein neues Handelsabkommen mit Rumänien. Auch Polen und Bulgarien verlangen die Einbeziehung.

Das Spiel der Kräfte zeigte sich ziemlich offen in den Vorverhandlungen. Tardieu hatte vorgeschlagen, die fünf beteiligten Staaten sollten unter sich den Plan besprechen ohne Beteiligung einer Großmacht (da es seine Interessen ja in guten Händen weiß). Als Deutschland und Italien auf ihre Mitwirkung pochten, schlug England eine Viermächtekonferenz vor zwischen den interessierten Großmächten. Gegen den Widerstand Tardieus wurde diese noch vor der Konferenz der Donaustaaten angesetzt. Dagegen gelang es Tardieu, wenigstens eine Vorbesprechung mit England zu erreichen, die in Italien schwer verstimmte und an der angeblich auch Brüning teilzunehmen wünschte, ohne mit seinem Wunsche Gehör zu finden. Tardieu konnte so die bestehende Gefahr mildern, daß England sich dem Standpunkt Deutschlands und Italiens ohne weiteres anschloß, und es ist gut möglich, daß England in der Aussicht, im Osten seine Gelder wieder frei zu bekommen, sich dem Standpunkt Frankreichs anschließt.

Frankreich versucht vor allem, die finanzielle Seite der Frage herauszukehren, da es dort auf starkem Boden steht. Es verlautet aus Paris, „der Pariser Markt

werde sich zu einer finanziellen Stützungsaktion nur bereitfinden, wenn die wirtschaftliche Donauföderation zustande gekommen sei". Deutschlands Opposition wird laut „Temps" in Frankreich „nicht tragisch" genommen, da „die Rettung und der wirtschaftliche Zusammenschluß der Donauländer Kreditprobleme aufwerfen, zu deren Lösung Deutschland nichts beitragen könne".

Tardieu sucht für das Gelingen seines Planes möglichst günstigen Boden zu schaffen. Darum strebt er durch die Ansetzung einer Vorbesprechung nach einer Erneuerung der Entente cordiale. Hinzuweisen ist auch auf die Anbiederungsversuche zu Italien. Er versucht aber offenbar, auch die Schweiz daran zu beteiligen. Die jüngsten schweizerisch-französischen Wirtschaftsverhandlungen waren laut „Matin" dazu bestimmt, „zwischen den beiden Ländern eine günstige Atmosphäre zu schaffen" und „die Aussprache über die zur Diskussion stehenden, die europäische Wirtschaftspolitik betreffenden Projekte zu pflegen". „Um ihr wirtschaftliches Aufbauprojekt für Zentraleuropa nützlich vorbringen und unterstützen zu können, mußte die französische Regierung ihrerseits reinen Tisch machen". Verschwommen spricht das bundesrätliche Communiqué von „wertvollen Aufklärungen" „über gewisse Projekte, die auch schweizerische Interessen berühren", wobei „beidseitig der Wille, Fühlung zu behalten und sich über wichtige wirtschaftliche Fragen zu verständigen" festgestellt werden konnte. Und der Pariser Korrespondent der NZZ. stellt mit Freude fest, „unsere Delegation hätte wohl kaum von autorisierterer Stelle über die bestehenden Tendenzen, Absichten und Erwartungen der maßgebenden Kreise . . aufgeklärt werden können". Die beidseitig gleich gerichteten Interessen zweier Länder mit gesunder Währung und erheblicher Kaufkraft wurden herausgekehrt, und nebenbei die Möglichkeit gestreift, die Schweiz finanziell am Donauprojekt zu beteiligen.

Uns will hier scheinen, es sei größte Vorsicht am Platze. Tardieus Plan hat offensichtlich den Zweck, in einer Zeit, da Europa wirtschaftlich schwer darniederliegt, durch einen geschickten Angriff Frankreichs Vorherrschaft im Osten zu festigen und Deutschland und Italien gegen den Balkan endgültig abzuriegeln. Daß die Schweiz hiefür Kapital hergeben soll, wäre außenpolitisch sehr bedenklich. Es zeigt sich wiederum, daß eine fruchtbare Neuordnung in Europa nicht von einer Großmacht, vor allem nicht von Frankreich ausgehen kann, das nur darauf bedacht ist, seine Vormachtstellung zu stärken. Eine wahrhaft belebende Tätigkeit könnte hier von den Kleinstaaten ausgehen, und es ist bedauerlich, daß die Schweiz hier nicht mehr Initiative entwickelt. Die „Neue Zürcher Zeitung" nimmt eine völlig passive Haltung ein. „Wir in der Schweiz sehnen uns nicht nach Paneuropa. Aber wenn es ohne uns so weit kommen sollte, so wird es plötzlich auch für uns pressieren, daß wir den Anschluß nicht versäumen".

* * *

Etwas eigenartig berührte die plötzliche Eile Tardieus, kurz vor dem bevorstehenden Entscheid des Haager Gerichtshofes in schweizerisch-französischen Verhandlungen eine „Vereinbarung über Erleichterungen im Grenzverkehr" mit 15 bis 20 französischen Gemeinden zu treffen. Offenbar beginnt die bestehende Ordnung auch für die savoyischen Produzenten untragbar zu werden. Als bekannt wurde, daß die schweizerische Delegation sich „der französischen Anregung auf eine unverbindliche Diskussion über ein vorläufiges Regime" angeschlossen hätte, erhob sich namentlich in den Genfer Blättern ein erfreulicher Sturm der Entrüstung. Daraufhin sahen die französischen Blätter ein, daß es sich nicht darum handeln kann, „in die Affäre direkt einzugreifen, wohl aber darum, eine günstige Atmosphäre zu schaffen, um inbezug auf die praktische Regelung der zukünftigen Lage zu einer annehmbaren Lösung zu gelangen". Obwohl die provisorische Über-

einkunft den Zonenprozeß nicht direkt betreffen sollte, hoffte der „Matin" auf eine Verständigung, „welche mithelfen würde, vor dem Schiedsspruch die Ausarbeitung eines billigen Vergleichs zu erleichtern und nach dem Urteil die Inkraftsetzung dieses Kompromisses unter günstigen Bedingungen zu sichern". Warum fünf Minuten vor zwölf das plötzliche Ausweichen auf den Verhandlungsboden? Das Communiqué des Volkswirtschaftsdepartements schaffte wieder Beruhigung hinsichtlich der Haltung unserer Delegation, als es mitteilte, daß die französische Delegation zwar ein Projekt vorbereitet hatte, es indessen „infolge der Beanstandung von seiten der schweizerischen Delegation zur Umarbeitung zurückbehalten" hat.

Zürich, den 5. April 1932. Ernst Wolfer.

Zur politischen Lage.

Um den Nationalsozialismus in Deutschland. / Die Memelfrage als Kennzeichen.

Gegenwärtig ist unsere ganze Presse einheitlich aufs lebhafteste bemüht, an den Hitler-Leuten keinen guten Faden zu lassen. Wieso sollte es auch anders sein? Die liberale, die katholische, die sozialistische, auch die gemäßigt rechts stehende Presse in Deutschland ist darin einig. Die Korrespondenten der schweizerischen Blätter in Deutschland berichten nichts anderes. Der gesamte deutsche amtliche Apparat ist in den Händen der rabiaten Gegner der National-Sozialisten und bemüht sich krampfhaft, die innerpolitischen Gegner im In- und Ausland tiefschwarz anzumalen. All das spiegelt sich natürlich in dem wieder, was wir aus Deutschland zu hören bekommen und gestaltet bei uns die Auffassung über die innerdeutsche Entwicklung zu einer völlig einheitlichen, die von Hitler durchaus nichts wissen will.

Dieser allgemeinen und übrigens überall außerhalb Deutschlands herrschenden Stimmungsmache gegenüber empfiehlt es sich, vorsichtig zu sein. Selbstverständlich halte ich die in Deutschland weit verbreitete Auffassung, daß die Ergreifung der Macht durch Hitler und seine Leute das Schicksal Deutschlands sozusagen über Nacht wenden werde, für unsinnig. Selbstverständlich nehme ich an, daß die Regierung der National-Sozialisten den deutschen Massen schwere Enttäuschungen bereiten und vielleicht innert kurzer Zeit die Partei äußerst schwächen würde. Ich bin auch überzeugt, daß der National-Sozialismus heute sehr viele Spreu umfaßt, daß seine Versprechungen jedes vernünftige Maß übersteigen usw. usw.

Über alledem darf man jedoch nicht vergessen, daß Hitler auf jeden Fall ein Organisator ersten Ranges ist. Wie wäre es sonst möglich gewesen, den Nationalsozialismus nach dem kläglichen Zusammenbruch des Münchener Putsches innert einiger Jahre auf die heutige Höhe zu bringen, wo alle andern alten und festgefügten Parteien Deutschlands miteinander seiner nicht Herr werden? Hier sind sicher bemerkenswerte Fähigkeiten am Werk gewesen. Ob diese Fähigkeiten über das rein Organisatorische und Agitatorische hinaus zu verantwortungsvoller, aufbauender Arbeit im Staate ausreichen, das muß sich erst noch zeigen. Die bisherigen Erfahrungen mit den nationalsozialistischen Machthabern in den Bundesstaaten, in denen sie schon in der Regierung sitzen, reichen zur Beurteilung dieser Frage weder in bejahendem noch in verneinendem Sinne aus. Aber eines kann man jedenfalls nicht verkennen: Der Nationalsozialismus vereinigt heute eine Masse von jungen, leistungsfähigen und zukunftsfreudigen Leuten, die unter dem Drucke der gewaltigen deutschen Not ihre ganzen Kräfte restlos einsetzen. Und das ist ein gewaltiges Aktivum, das vielleicht auch die Beimischung von vieler Spreu und noch Schlimmerem zu überwinden wissen wird.

Nun ist zwar der erste Wahlgang der Reichspräsidentenwahl gegen Hitler ausgefallen; das hat bei der Wahllage wohl niemand anders erwarten können. Er hat aber immerhin gezeigt, daß Hitler auch unter so ungünstigen Umständen über rund einen Drittel der deutschen Stimmen verfügen kann. Der zweite Wahlgang wird an diesem Bilde nicht viel ändern. Man wird dann wieder eine „Niederlage" Hitlers feststellen können. Dabei steht aber fest, daß die Stimmkraft der Nationalsozialisten von neuem gewaltig zugenommen hat. Sie entspricht heute etwa 200 Reichstagsmandaten!

Aber auch hier darf man sich durch die Größe der Zahlen nicht verblüffen lassen. Auch heute noch verfügen die Nationalsozialisten eben erst über einen Drittel der deutschen Wählerstimmen. Wenn man nun den vielen kleinern Wahlgängen allenthalben im Reiche nachgeht, den Landtagswahlen, Kreis- und Gemeindewahlen, dann wird einem dieses Bild durchaus bestätigt. Die Nationalsozialisten nehmen allenthalben zu, vielfach sogar rasend zu. Aber alles das geht nur bis zu einem gewissen Grade! Der Vormarsch trifft einmal auf einen weniger stürmischen, aber doch eindrucksvollen Vormarsch der Kommunisten, die ebenfalls allenthalben wachsen. Er trifft aber auch auf einen ziemlich unerschütterlichen Block des politischen Katholizismus. Ernster noch aber ist es, daß auch die Sozialisten, gestützt auf ihren mächtigen Parteiapparat, trotz Regierungsverantwortung in dieser Notzeit im großen Ganzen ihre Stellung halten. Das haben auch die jüngsten Wahlen in Mecklenburg usw. wieder nachgewiesen. Zermalmt werden von dem Nationalsozialismus dagegen die vielen bürgerlichen Parteien der Rechten und der Mitte. Das heißt mit andern Worten, daß ihnen die protestantische Bauernschaft, der gebildete Mittelstand, das Gewerbe usw. in Massen zuströmt, daß es aber noch nicht gelungen ist, in die Arbeitermassen entscheidend einzubrechen. Hier aber liegt die Entscheidung der Zukunft!

Man wird nun bei den Preußenwahlen, die im Grunde viel entscheidungsvoller sind als die Reichspräsidentenwahlen, sehen, wie es damit steht. Höchst wahrscheinlich werden sich auch dann Kommunisten, Sozialisten und Zentrum einigermaßen behaupten, abgesehen von örtlichen Schwankungen. So lange aber das dauert, ist Deutschland für eine nationalsozialistische Herrschaft nicht reif. Wird es aber gelingen, im Wahlkampf einmal zur Mehrheit zu kommen? Das ist sehr zweifelhaft! Auch die italienischen Fascisten sind ja schließlich nur durch Gewalt zur Herrschaft gelangt! Was wird wohl Hitler tun oder tun können?

* * *

Über all den innerpolitischen Streitigkeiten scheint man in Deutschland fast zu vergessen, daß es auch eine Außenpolitik gibt. Reichskanzler und Minister sind auf Reisen und müssen Wahlreden halten. Daneben kommt offenbar alles das erst in zweiter Linie, was außerhalb der Reichsgrenzen geschieht. Und doch geschehen hier recht merkwürdige Dinge. Deutschland hat ja immer die Revision der 1918—20 gezogenen Ostgrenzen verlangt. Seit Jahren läuft darüber der Meinungsstreit, und die öffentliche Meinung so ziemlich der ganzen Welt ist nachgerade zur Überzeugung gekommen, daß an der Ostgrenze Deutschlands eine Änderung kommen müsse, natürlich zu Gunsten von Deutschland. Gegenwärtig erleben wir aber Vorgänge, die eher auf eine Veränderung in umgekehrter Richtung hinweisen!

Es sei hier ganz abgesehen von der in Polen in aller Öffentlichkeit und unter gefälliger Mitwirkung von hervorragenden amtlichen Stellen betriebenen Propaganda für eine Einverleibung Ostpreußens in Polen. Hier hat man es ja nur mit altbekannten, wenn auch jetzt besonders fleißig betonten Plänen zu tun, die heute immerhin noch platonisch zu nennen sind und die erst bei einem allgemeinen Durcheinander in Europa in das Stadium der Verwirklichung treten könnten. Ernsthafter sind heute die Vorgänge an den beiden Stellen, wo die

berühmte Befriedigung Europas 1919 zwei Kompromißgebilde geschaffen hat, die den streitenden Parteien gleich unliebsam sind und deshalb zu immer neuen Zusammenstößen führen. Es sind neuralgische Punkte, wie sie Europa heute so zahlreich aufweist.

Da ist einmal Danzig, die Freie Stadt mit Selbstverwaltung, aber unter polnischer Oberaufsicht und mit dem unzuverlässigen Rückhalt von Völkerbundsinstanzen. Politisch selbständig, ist Danzig wirtschaftlich auf Polen angewiesen. Die Anwesenheit polnischer Behörden mit mannigfachen Sonderrechten auf dem Gebiete Danzigs gibt natürlich zu endlosen Konflikten Anlaß, die auf dem umständlichen Weg über den Völkerbund immer nur sehr spät und meistens in wenig befriedigender Weise gelöst werden können. Dazu kommt nun aber, daß Polen natürlich ständig auf den Gewinn Danzigs, seines zukünftigen großen Hafenplatzes hinarbeitet. Da das mit den heutigen rechtlichen Mitteln nicht zu schaffen ist, so hat man den Weg des wirtschaftlichen Druckes eingeschlagen, in der Hoffnung, daß dann Danzig einmal freiwillig in Polen aufgehen werde, um nur überhaupt leben zu können. Man hat also in Gdingen, einige Kilometer von Danzig entfernt, an dem Stück zu Polen gehörender Ostseeküste, einen neuen Hafen mit neuen Zubringerlinien geschaffen. Man ist auch daran, eine polnische Handelsflotte gerade so gut wie eine Kriegsflotte aufzubauen. Mit staatlichen Zwangsmitteln sucht man die gesamte Einfuhr und Ausfuhr Polens nun über Gdingen zu leiten und man hat damit selbstverständlich weitgehende Erfolge gehabt. In Polen frägt es sich ja nicht, ob eine Sache wirtschaftlich tragbar ist, sondern einfach, ob sie politisch nützlich ist. Die Franzosen geben ja bereitwillig das Geld dazu, wie seinerzeit den Russen. So gerät Danzig in seinem Ringen auf Leben und Tod allmählich in Nachteil, gerade so, wie das Genf seinerzeit durch die französische Blockade zur Zeit der ersten Republik ergangen ist. Damit verschärfen sich die Gegensätze an diesem Punkte zusehends. Weshalb soll Danzig Polen halb zur Verfügung stehen, wenn doch Polen sich von Danzig unabhängig macht? Damit verschwindet doch jede Berechtigung zu der 1919 getroffenen Maßnahme und die Verhältnisse erfordern gebieterisch eine neue Regelung. Wie wird diese aussehen? Das ist eine wichtige Frage der Ostpolitik der nächsten Zukunft, die Polen mit allen Mitteln und mit ausgiebiger Hülfe Frankreichs für sich zu entscheiden suchen wird.

Noch reifer für eine Entscheidung scheint heute die Frage des Memelgebiets zu sein. Auch hier hat man 1919 eine völlig unklare Lage geschaffen. Das zu mehr als $^{9}/_{10}$ deutsch sprechende und gut deutsch gesinnte Gebiet wurde von Deutschland getrennt, da man eben das deutsche Reich mit allen Mitteln und unter jedem Vorwand zu schädigen suchte. Was aber mit dem Ländchen geschehen sollte, das wußte man nicht. Polen hätte es natürlich als zweiten Zugang zum Meer und zugleich zur Bändigung Litauens und zur engen Umstrickung Ostpreußens sehr gerne gehabt. Litauen wünschte es als einzigen brauchbaren Zugang zum Meer für seinen neugebackenen Staat. Die Bewohner selbst hatten vor allem den Wunsch, ihre deutsche Kultur zu wahren und nicht im halbasiatischen Sumpfe des nahen Ostens unterzugehen. Schließlich machten die Litauer der Unschlüssigkeit der in Paris versammelten Machthaber ein Ende, indem sie das Memelgebiet mit Gewalt einsteckten. Und die Großmächte anerkannten nachträglich diese neuartige Schaffung von Rechtsansprüchen. Sie überließen das Memelgebiet Litauen, sicherten ihm aber immerhin eine gewisse Unabhängigkeit und Selbstverwaltung zu, damit es nicht ganz im litauischen Paradies untergehe. Seither ist natürlich das ganze Trachten Litauens darauf gerichtet, mit dieser unbequemen Selbständigkeit des Memelgebiets aufzuräumen. Mit allen Mitteln strebt man diesem Ziele zu. Man sucht litauische Zuwanderer ins Land zu bringen und vor allem litauische Beamte dort zu versorgen. Man schränkt die Rechte der Selbstverwaltungskörper des Gebiets willkürlich immer von neuem ein. Kurz, man setzt sich über alle

feierlich eingegangenen Verpflichtungen weg, die von den europäischen Großmächten garantiert worden sind. Von Zeit zu Zeit kommt deshalb die Frage des Memelgebiets immer wieder vor den Völkerbund, wobei sich die litauischen Machthaber alles und jedes erlauben. Die Diplomatie der Großmächte, das Haager Gericht, der Völkerbundsrat müssen in Bewegung gesetzt werden, um Litauen wieder einigermaßen zurückzubinden.

Den neuesten Vorfall dieser Art haben wir eben erlebt und werden wir noch weitere erleben. Litauen hat einfach entgegen allen Verpflichtungen die obersten Verwaltungsbeamten des Memelgebiets abgesetzt und dann auch den Landtag aufgelöst. Deutschland hat in Genf sofort beim Völkerbundsrat Einsprache erhoben, und der Streit wurde dort behandelt. Da Litauen nicht nachgeben wollte, so sah sich jedoch der Völkerbundsrat außerstande, irgend eine Maßnahme zum Schutz des feierlich verbrieften Rechtes des Memelgebiets zu treffen. Diesen geradezu jämmerlichen Bankerott der Völkerbundspolitik suchten die Großmächte durch Ratschläge an Litauen wettzumachen. Man gab den Machthabern in Kowno den guten Rat, doch ja Vernunft anzunehmen. Als Antwort darauf verfügten die Litauer die Landtagsauflösung, und heute sind sie daran, nach guter östlicher Sitte die Wahlen zu „machen". Die europäischen Großmächte aber machen alle keinen Mucks, und in Deutschland ist man offenbar mit der innern Politik zu sehr beschäftigt, um sich dieser Frage annehmen zu können.

Ich kenne eigentlich keinen andern Fall, der die heutigen Zustände in Europa gleich scharf beleuchten könnte, wie gerade dieses Schicksal des Memelgebiets. Da haben wir zur Sicherung der internationalen Rechtsordnung den Völkerbund, dann haben wir den Haager Gerichtshof und schließlich die allmächtigen Großmächte, die überall für Ordnung sorgen. Einen völligen Zusammenbruch hat dieses System, das nach der feierlichen Versicherung seiner Schöpfer die Herrschaft des Rechts in der Welt verbürgen sollte, im fernen Osten erlebt; aber dort handelte es sich um ein sehr entlegenes Gebiet und um die Angelegenheiten einer Großmacht. Heute hat man es mit einem erst seit einem Jahrzehnt vorhandenen Kleinstaat von nicht viel über 2 Millionen Einwohnern zu tun, der an der Grenze von Mitteleuropa mit internationalen Verträgen umspringt, wie wenn sie nicht vorhanden wären. Und wiederum versagt alle und jede Vorrichtung zum Schutze des internationalen Rechts. Was soll man denn noch von all diesen feierlich beschlossenen Verträgen halten und was soll man von dem Willen der Großmächte halten, diese Verträge zu schützen?

Aarau, den 7. April 1932. Hektor Ammann.

Das Spiel mit Österreich.

Durch all die Jahre seit dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie ist die Klage des zwangsweise zur Selbständigkeit verurteilten Staates Deutschösterreich, er sei nicht lebensfähig, als unrichtig bezeichnet worden, am entschiedensten von Frankreich, das dadurch die Ohnmacht im Alpenraum dauernd zu sichern bestrebt war. In den vielberufenen Genfer Protokollen vom Jahre 1922, mit welchen die Sanierungsaktion des Völkerbundes beschlossen wurde, bildete gerade diese „Unabhängigkeitsklausel" die entscheidende Grundlage, und Frankreich bestand seither, am schroffsten im Vorjahre anläßlich des Versuches, die Zollunion zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche als Anfang einer neuen europäischen Wirtschaftsgestaltung vorzubereiten, unerbittlich auf seinem Schein.

Seither haben sich die Dinge aber wesentlich gewandelt. Die Wirtschaftsnot ist dermaßen drohend geworden, die „Sanierung" Österreichs von 1922 hat sich längst nicht als durchgreifend erwiesen, sondern sie konnte nur um den Preis

zwar vorübergehender schwerster Souveränitätseinbußen, aber dauernder Lähmung seines freien politischen Willens eine scheinbare Erleichterung bringen, die dem Ansturm der Weltkrise keineswegs gewachsen war. Aber auch die Lage der sogenannten Nachfolgestaaten, insbesonders Ungarns und der Tschechoslowakei, gibt zu den allergrößten Besorgnissen Anlaß, und so droht das von Frankreich gewollte Kleinstaatengebäude von 1920, das in den Pariser Friedensdiktaten die Ausschaltung deutschen Einflusses auf dem Balkan und im nahen Südosten bezweckte, an den wirtschaftlichen Sinnwidrigkeiten eines inzwischen großgezogenen nationalstaatlichen Chauvinismus zusammenzubrechen.

Der deutschösterreichische Alpenstaat, der in dieser Konstruktion bisher die Rolle des „Vakuums" durchzuführen hatte, ist dabei in einer ganz besonders schwierigen Lage. Als Restkörper eines Großstaates, der vom Bodensee bis nach Galizien reichte, als Kernland, dessen deutsche Kultur- und Verwaltungserfahrung seit Jahrhunderten den Aufbau des Südostens getragen hatte, traf ihn die schrankenlose, härteste Aufrichtung von Staats- und Zollgrenzen auf diesem alten großen Wirtschaftsgebiete viel schwerer in allen seinen großen Wirtschafts- und Verwaltungsorganisationen, als die mit dem Aufbau erst beginnenden neuen Staatsgebilde, so lähmend auch seit Jahrzehnten bereits das Aufkommen der nationalen Bewegungen für das politische Leben der Monarchie und darin wiederum die Deutschen gewesen war. Hier sollte also, da der natürlichste Weg, der staatlichen Wiedereingliederung des von seinen slawischen und magyarischen Nachbarn gelösten Reststaates in das Reich von den Siegermächten verhindert wurde, erst ein neuer Sinn für den Staat gefunden werden, dem man seine historische Aufgabe, Träger und Mittler eines reichen Kultur- und Wirtschaftslebens für den Südosten zu sein, gewaltsam genommen hatte. Ein solcher neuer Staatsgedanke ist bis heute im Volke Deutschösterreichs noch nicht lebendig geworden. Die Folgen dieses Zustandes, Staat ohne inneren Sinn zu sein, werden wir noch erörtern. Es war also zunächst naheliegend, daß alsbald nach der Zerreißung im ganzen Gebiete der ehemaligen Monarchie Ideen auftauchten, das Zerstörte aus rein wirtschaftlichen Gründen wieder zusammenzufügen, aber es erwies sich vorerst als aussichtslos, die wirtschaftlichen Fragen von den politischen zu trennen und die Interessengegensätze, die infolge der neuen Grenzziehungen und der sich bildenden Kraftzentren im Donauraum nur umso schärfer aufbrachen, zu überbrücken. So waren auf Jahre hinaus die Donau-Föderations-Pläne nur Phantasien, denen der reale Grund zur Durchführung fehlte.

Die letzten zehn Jahre werden durch stets wechselnde Gruppierungen und Versuche der großen Mächte ausgefüllt, ihren Einfluß in Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Prag zu erweitern, ohne daß es deswegen zu entscheidenden neuen Formen im staatlichen Leben innerhalb des Donauraumes gekommen wäre. Die Stoßkraft der nationalen Selbständigkeitswünsche, der Drang nach uneingeschränkter politischer Entfaltung hielt den wirtschaftlichen Forderungen nicht nur die Wage, sondern vermochte selbst die dringendsten Bedürfnisse zurückzudrängen. Im Wege der Anleihen gelang es, den Aufwand, den dieses ins Grenzenlose gewachsene Selbstbewußtsein mit sich brachte, wenigstens zur Not zu befriedigen. Nach vorsichtigen Berechnungen beträgt die Summe der z. B. nur von Frankreich an die Staaten im Donauraum und an Polen gegebenen staatlichen Anleihen seit 1922 ungefähr 7,3 Milliarden Francs, wozu noch mindestens 3—4 Milliarden privater kurz- oder langfristiger Kredite von Bank- und Industriekonzernen kommen, so daß Frankreich in diesen Staaten mindestens 10—11 Milliarden Francs angelegt hat, die durch die gegenwärtige katastrophale Agrarentwicklung zu einem erheblichen Teile als gefährdet gelten können. Unter dem Drucke dieser Tatsachen, die in den letzten Monaten eine sich überstürzende krisenhafte Entwicklung genommen haben, ist in Frankreich die These der „Lebensfähigkeit Österreichs" fallen gelassen worden, weil man für die unbedingt erforderliche neue Gestaltung des Süd-

ostens ein „Vakuum" Österreich nicht mehr gebrauchen kann. Von dieser Seite gesehen, wird die innerhalb eines Jahres von Grund aus veränderte Haltung Frankreichs gegenüber Österreich verständlich.

Hier überschneiden sich aber zunächst die Interessen Frankreichs mit denen Italiens. Man darf nicht vergessen, daß in den frühesten außenpolitischen Programmen des Faschismus eine Aufteilung des österreichischen Alpenraumes in Interessensphären vorgesehen war, die in den Besprechungen Dr. Seipels von Verona, unmittelbar vor der Genfer Sanierung sogar bis zu einem Währungs- und Zollunions-Projekte zwischen Italien und Österreich gediehen war. Daß dieser Plan nicht zu Stande kam, ist wohl auf die Gegenwirkungen der anderen in diesem Raume interessierten Kräfte zurückzuführen gewesen, und man begnügte sich hernach in Genf allseits mit der Vakuumidee, die den damaligen Verhältnissen besser entsprach.

Schien es in den folgenden Jahren, daß Italien trotzdem den großen Schritt im Südosten Europas durch eine äußerst zähe und beharrliche Politik vorwärts gemacht habe, so brachen diese Erwartungen mit dem Auftreten der großen Agrarkrise als verfrüht zusammen. Mit der politischen Werbearbeit konnte die wirtschaftliche Bindung nicht Schritt halten. Italien fehlt dazu die finanzielle Kraft, über die Frankreich rücksichtslos verfügt, und so gelang es, die Wendung Ungarns zu vollziehen, die Frankreich neue große Chancen versprach. Daß die inneren Gegensätze der politischen wie wirtschaftlichen Forderungen der kleinen Entente und vollends die Frage der Slowakei eine Einigung zwischen Tschechen und Magyaren höchst unwahrscheinlich machen, kann die Franzosen nicht von der Verfolgung ihrer weitsichtig angelegten Pläre abschrecken.

Trotzdem bleibt Italiens Aufmerksamkeit, wie wir auch in diesen letzten Wochen sehen, voll auf die Vorgänge im Donauraum gerichtet. So entschieden es sich gegen den Anschluß Österreichs ans Reich wandte, weil seiner Auffassung der „Sicherungsräume" an der Nordgrenze das Vakuum oder Einflußgebiet Österreich lieber sein muß als ein erstarkendes großes Reich, so gefährlich ihm aus Wirtschaftsgründen die Zollunion erschienen sein mag, weil es sich selbst noch nicht stark genug fühlte, als Partner in Südosteuropa aufzutreten und insbesonders im eignen Lande die übermächtige deutsche Industrie gewisser Branchen fürchtete, so wenig kann es jetzt dem Tardieu-Plan zustimmen, der Frankreich „rein wirtschaftlich" den Vorsprung an der Donau sichern soll. Daher steht es jetzt nicht an der Seite Frankreichs gegen das Reich und Österreich, sondern nimmt in Verfolg seiner eignen Interessen die viel natürlichere Haltung des Zusammenwirkens mit der größten Wirtschaftsmacht im Herzen Europas ein. Und es sieht auf diesem Wege die Verwirklichung seines Dreiecksvertrages mit Österreich und Ungarn näher, als wenn es sich den Interessen Frankreichs verschreibt. Auch in Frankreich erkennt man diese Gefahr — insbesonders, da auch England dem vorgeschlagenen Präferenzsystem nur schwer zustimmen kann —, und daher bemüht man sich um ungefährlichere Formulierungen, die allerdings die dringlichen Not-Lösungen, die schwerste Katastrophen aufhalten müßten solange es noch an der Zeit ist, in nebelhafte Fernen verschwinden lassen.

Es war bezeichnend, daß Frankreich den Notruf Österreichs nach rascher Hilfe dahin beantwortete, die Donau-Projekte „rein wirtschaftlich gesehen", aber in schroffster Form, zunächst sogar unter Ausschaltung Deutschlands, durch den Tardieuplan aufzugreifen. Wenn diese Absicht sich auch nicht als durchführbar erwies, so war es wohl deswegen, weil Deutschland als einziger Großabnehmer der Agrarprodukte des Südostens nicht ausgeschaltet werden kann. Zu dieser Tatsache steht die völlig lose Wirtschaftsverbindung der Donaustaaten mit Frankreich in krassem Gegensatz, und die nähere Prüfung zeigt das überraschende Ergebnis, daß diese Staaten untereinander ebenfalls nur sehr geringe Wirtschaftsbeziehungen pflegen,

die 10 bis 15 % ihres Gesamtaußenhandels nicht übersteigen. Nur Österreich hat in den letzten Jahren den fünf Agrarstaaten gegenüber eine Passivität von 52 bis 55 % aufzuweisen. Falls nun ein System der Einfuhrquoten zustande kommen sollte, so würde dies bedeuten, daß auch diese Staaten Österreich stärkeres Entgegenkommen in der Einfuhr der Industrieerzeugnisse zeigen müßten, wogegen an eine Steigerung der Agrarprodukteinfuhr nach Österreich umso weniger zu denken wäre, als die Landwirtschaft Österreichs gerade in den Jahren nach dem Kriege einen ununterbrochenen Fortschritt in ihrer Leistungsfähigkeit zeigt.

So wenig demnach gerade von Seiten der Donauagrarstaaten auf Gegenliebe für die Pläne Tardieus zu rechnen ist, und sogar Herr Benesch sich veranlaßt sah, auf die Wirtschaftsverbundenheit mit dem Reiche hinzuweisen, so hat Frankreich doch mehr als einen Weg, Druck auf Österreich auszuüben. Denn es steht außer Zweifel, daß es den Zeitpunkt gekommen sieht, die Donaufrage nach seinen Wünschen vorwärts zu treiben, da es nicht wissen kann, wielange sich die gegenwärtige günstige Lage für die Herbeiführung seiner Vorherrschaft erhalten läßt. Dem Staate Österreich gegenüber hat es aber leichtes Spiel. Wenn auch die unmittelbare Kontrolle, die mit der Völkerbundanleihe verbunden war, aufgehoben ist, so sorgen der Beobachter des Völkerbundes in Wien und die Gutachter des Finanzkomitees in Genf mit ihren Belehrungen doch dafür, daß die Selbständigkeitsgefühle nicht allzu groß werden. Das Spiel mit den in Aussicht gestellten Anleihen, das nun seit Jahren getrieben wird und das man eben jetzt wieder erlebt — Anleihe zur Sicherung des Zinsendienstes als „Rettungsmittel" für den ertrinkenden Staat! — muß zermürbend wirken. Aber man hat seit dem Frühjahr vorigen Jahres die viel wirksamere Methode der Staatshaftung für die Kreditanstalt und ihre Auslandsgläubiger, unter denen Frankreich führend ist, und der frühere Vertreter dieser Auslandsgläubiger, Herr van Hengel, ist nun der allmächtige Gebieter des Institutes, der dem österreichischen Staat, wenn der Zeitpunkt gekommen scheint, endlich die Bedingungen diktieren wird, zu welchen das ausgeblutete Land die Auslandsgläubiger zu bezahlen hat. Wieweit hierbei die optischen Wirkungen des Tardieuplanes herangezogen werden, daraus Hoffnungen für günstigere Liquidierung z. B. in England zu erzielen — und dieses damit dem Plane geneigter zu machen —, kann nicht weiter verfolgt werden. Wie stark aber die Stellung Frankreichs in Wien geworden ist, beweisen wohl die mehrfach erörterten Vorgänge um den französischen Gesandten Grafen Clauzel, der z. B. die Ernennung des österreichischen Mitgliedes des Exekutivkomitees der Kreditanstalt, Generaldirektor Neubacher, zu verhindern wußte, weil Neubacher als Präsident des Deutsch-österreichischen Volksbundes eine Frankreich unbequeme Persönlichkeit darstellt.

Aber auch im inneren Leben Österreichs macht sich Frankreich Strömungen zunutze, ohne deswegen überall seine Karten aufdecken zu müssen oder selbst sichtbar tätig zu sein. Es ist wohl bekannt, daß seit dem vergangenen Herbst die Habsburgerfrage wieder lebhafter erörtert wird. In Ungarn schien sie als Gegengewicht gegen eine drohende Agrarrevolution aufzuleben, und auch in Österreich machte sich zu gleicher Zeit eine lebhaftere Tätigkeit der Anhänger bemerkbar. Man geht wohl nicht fehl, wenn man hinter diesen Auswirkungen größere Aktionen vermutet, die auf eine Verständigung einerseits mit Frankreich, anderseits mit dem mit dem Vatikan versöhnten Königshaus Savoyen hinauslaufen. Daß hier Frankreich in die Reihe der „christlichen Staaten monarchischer Prägung" tritt, die sich nicht nur in der Bekämpfung des Bolschewismus, sondern auch des Liberalismus finden, ist eine besondere Eigenart seiner weitgespannten Politik. Worin sich aber in der Förderung Habsburgs Frankreich und Italien treffen, ist das gemeinsame Interesse, die deutsche Frage zu komplizieren und eine einheitliche Lösung wieder auf Generationen zu vertagen.

Das Versagen des Nachkriegsgebildes Österreich als Staat, der in wüste Parteienherrschaft absinkende Parlamentarismus und die Wirtschaftsnot geben natürlich der Erinnerung an „frühere bessere Zeiten" Auftrieb. Hinzu kommt, daß sich gewisse Schichten, der Adel, ein Teil der alten Offiziers- und Beamtenfamilien, der Geistlichkeit tatsächlich nie innerlich von Habsburg gelöst haben, wenn sie auch äußerlich lange Jahre davon wenig Aufhebens machten. Die weit überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung von Land und Stadt ist aber ablehnend oder gleichgültig. So sind Vorgänge wie z. B. die Ehrenbürgerernennungen Ottos, des ältesten Sohnes des verstorbenen Kaisers Karl, die nun planmäßig in den kleinsten Nordtiroler Landgemeinden vollzogen werden, zunächst nur auf optische Wirkungen berechnet, sollen aber später der Christlich-sozialen Partei Anlaß geben, unter Hinweis auf diese „Volksbewegung" die Aufhebung der sog. Habsburgergesetze zu bewirken, die 1918 von der rot-schwarzen Koalitionsregierung geschaffen wurden (Aufenthaltsverbot in Österreich und Beschlagnahme des Besitztums und Vermögens aller Familienmitglieder, welche nicht auf ihre Herrscherrechte ausdrücklich verzichten). Damit würde natürlich ein neuer Zustand geschaffen, der reichlichen Agitationsstoff böte, wie das z. B. auch mit der beabsichtigten, den Wünschen der Kaiserin Zita entsprechenden Überführung der Leiche Karls von Madeira nach Tirol der Fall wäre.

Innsbruck, den 3. April 1932. Felix Kraus.

Europas Selbstmord.

Mit großer Genugtuung wird von der öffentlichen Meinung Europas festgestellt, daß es den Anstrengungen des Völkerbundes gelungen sei, den chinesisch-japanischen Konflikt, der sich angeblich leicht zu einem Weltkriege hätte auswachsen können, einzudämmen. Man rechnet das dem Völkerbunde zum Verdienst an, ohne sicher zu sein, daß es wirklich die moralische Kraft des Bundes gewesen sei, die den Frieden erzwungen habe. Das ist auch gleichgültig, jedenfalls hat offiziell der Völkerbund Japan zum Rückzuge gezwungen und dadurch vorderhand einen Krieg verhindert.

Ist das wirklich zu begrüßen? Japan wird jedenfalls diese Behandlung nicht vergessen, denn für Japan ist es eine Daseinsfrage, ob es sich neues Kolonialland verschaffen kann — die Mandschurei eignet sich dazu wenig, weil der Japaner das dortige Klima nicht erträgt. Für Japan ist seine Ausdehnung aber auch eine ausgesprochen ethische Frage: das Zeichen der aufgehenden Sonne — ein Kriegssymbol wie wenig andere — soll an allen pazifischen Randgebieten aufgepflanzt werden. Das kann man in Europa nicht mehr so recht verstehen, in einem Europa, wo ein einst jugendlich-gesunder Patriotismus von rationalistischem Egoismus, dieser durch weichlichen Kosmopolitismus und dieser dann schließlich von einem kindlichen Pazifismus überdeckt worden ist. Daraus entstund in einer Phase begreiflicher Erschöpfung der Völkerbund. Diesem sind die Ost-Asiaten eingegliedert worden, die nicht an Kriegserschöpfung litten, deren Rassen- und Nationalgefühl aber ebenso jugendlich-kräftig und opferfreudig ist, als dasjenige Europas altersmüde und ängstlich. Wenn die europäische Weltauffassung, offiziell auf christlichen Grundsätzen aufgebaut, den Staat nur noch als Brotgeber, als Regulator des privaten und wirtschaftlichen Lebens gelten lassen will, ist dem Ost-Asiaten, besonders dem Japaner diese christliche Weltanschauung unverständlich, denn er ist eben nicht Christ und seine Weltanschauung beruht, wie bei allen kräftigen Völkern auf dem Nachruhme, dessen Verkörperung der blühende und mächtige Staat ist: eben die aufgehende Sonne, welcher der Bürger alle seine Kräfte zu opfern hat. Materielle persönliche Wohlfahrt ist für den Japaner von viel geringerer

Wichtigkeit als für den heutigen Europäer, denn der Japaner führt, wie jedes gesunde Volk, ein Gemeinschaftsleben, dessen letzte Zusammenfassung der Staat ist. Dagegen wendet sich der alt und selbstsüchtig gewordene Europäer immer mehr von dem nachgerade nur noch einen langweiligen Vormund darstellenden Staate ab — er verlangt vom Staate wohl, aber er will ihm nicht mehr geben. Daß zwei so verschiedene geistige Einstellungen in einem wirklich aufrichtig gemeinten Völkerbunde nicht geeint werden können, hätte ehrlichen und nur ein wenig unterrichteten Gründern des Bundes eigentlich klar sein sollen. Aber wer hatte Lust, Kraft und moralischen Mut, dies in den Geburtskrämpfen des Völkerbundes offen auszusprechen? Auch täuscht für die große Masse der Europäer die Übernahme aller europäisch-technischen Errungenschaften durch die Japaner eine geistige Europäisierung vor, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Wenn dem europäischen Schulkinde vom Völkerbunde und ewigem Weltfrieden vorgeschwärmt wird, wird dem japanischen von der Herrlichkeit des aufgehenden Sonnenbanners gesungen, vom Ruhme des Vaterlandes, für den sich zu opfern des Lebens Krönung sei. Ideologischer Kosmopolitismus gegenüber ausgesprochenem und überzeugtem Imperialismus. Daß das realpolitisch denkende und daher noch völlig gesunde Japan dem Völkerbunde der Abgelebten, von des Gedankens Blässe Angekränkelten, gerne beitrat, ist verständlich, ebenso verständlich aber auch, daß es die Zeichen der Zeit verstand und sich in dem Augenblick über die Völkerbundsleitlinien hinwegsetzte, wo die eigene Not es dazu zwang und die Ohnmacht Europas es zu erlauben schien. Europa ist durch inneren Hader zerrissen — kaum viel weniger als das so verspottete China —; die kriegsfeindliche Stimmung ist in allen Ländern so stark, daß es keine Regierung mehr wagen darf, ohne gewaltige Provokationen von außen her in einen Krieg einzutreten. Japan sah freie Bahn. Eine unerwartete und sehr unsolide Einigung hat die Weißen im letzten Augenblick noch zum Handeln geeint, man ist Japan in den Arm gefallen, man glaubt durch eine Konferenz seine unbestreitbaren Nöte aus der Welt schaffen zu können. Die Konferenz hat zwar noch nicht gesprochen, aber so viel kann man mit Zuversicht voraussagen: eine durchgreifende Abhilfe in dem Sinne wird sie nicht schaffen, daß Japans Landhunger auf einige Generationen hinaus gestillt würde. Dagegen hat man in Japan eine Erbitterung gegen die Weißen erzeugt, die auf Generationen hinaus schwälen und nicht ruhen wird, bis die Demütigung, besonders schmerzhaft, weil durch ein fast schon impotentes Europa erlitten, mit Blut weggewaschen ist.

Der Konflikt ist also vertuscht, keineswegs aber behoben, vielleicht sogar nur noch intensiver gemacht worden.

Darum wird Japan rüsten, muß rüsten und sich auf den Kampf vorbereiten der ihm nicht nur das unentbehrliche Kolonialland, sondern auch die moralische Genugtuung verschaffen soll, auf die es wegen seines Ansehens im Osten unbedingt angewiesen ist. Dann wird Japan den Augenblick besser wählen als dieses Mal, es wird auch nicht mehr lange dauern, bis ein durch innere Wirren und Abrüstungsgedanken entmanntes Europa ihm kein Halt mehr gebieten kann. Dann sind Japans Flottenstützpunkte im Stillen Ozean ausgebaut, die der Weißen aber wahrscheinlich unvollendet geblieben (Singapore, Philippinen), und die sowieso schon von Japanern durchsetzten europäischen Kolonien werden Japan ohne große Mühe in den Schoß fallen, ja die Bevölkerung derselben wird es wahrscheinlich als Befreier begrüßen (sehr zu Unrecht), und der Baum europäischer Kolonialmacht, dem die Axt ja heute schon an die Wurzel gesetzt ist, wird fallen — damit aber auch Europas Kulturherrschaft, samt Christentum.

Ist dies zu verhindern? Sicherlich nicht durch die eben vollzogene Demütigung Japans, aber auf zwei andere Arten: entweder durch einen Präventivkrieg — horribile dictu — der angelsächsischen Flotten gegen die japanische, mit ausreichender Schwächung der letzteren. Das wäre zwar eine sehr schwierige Aufgabe,

heute aber doch wohl noch zu lösen, und Japan wäre dann als Großmacht für die nächsten 30 Jahre kalt gestellt; was nachher geschehen soll, möge Sorge der kommenden Generation sein. Oder: man gibt Japan freiwillig Kolonisationsland in hinreichender Menge (Australien ?!), wo es sich für die nächste Generation entspannen kann. Sicherlich ergreift man aber keine dieser beiden Möglichkeiten, sondern man wird suchen eine Formel zu finden, die an dem für Japan nachgerade unhaltbaren gegenwärtigen Zustande möglichst wenig ändert. Dadurch wird Japan gezwungen, sich mit den Machtmitteln, die man ihm jetzt freundlichst gelassen hat, das zu holen, was man ihm nicht geben will, und es wird dann keinen Grund haben, auf die europäischen Notwendigkeiten im Osten irgendwie Rücksicht zu nehmen, es wird dann im Gegenteil die Rechnung von 1932 präsentieren. Mit der Vormachtstellung der Weißen ist es dann endgültig zu Ende.

Diese Binsenwahrheit, wenn es je eine gab, scheinen die Führer Europas nicht zu sehen, oder nicht sehen zu wollen: man wurstelt für die nächste Zeitnähe, stopft zu Hause selbstgewühlte Wasserlöcher zu, achtet aber nicht auf den gewaltigen Wildstrom, dessen Rauschen man schon hört und gegen den man noch Verbauungen machen könnte. Vielleicht kennen die leitenden Herren alle Paragraphen des Völkerbundes, sicherlich sind sie alle ausgezeichnete Redner, sicherlich verstehen sie aus dem ff den Eiertanz der Parteien, ob sie damit aber berufen sind, Weltpolitik zu treiben, ist eine andere Frage. Besitzen sie wirklich die geschichtliche, geographische, wirtschaftliche und politische Bildung zur richtigen Beurteilung wahrhaft weltpolitischer Fragen? Woher sollten sie eigentlich in ihrem bisherigen Leben oberflächlicher Parteipolitik so etwas gelernt haben? Die stümperhaften Lösungen des Versaillerfriedens lassen da wirklich nicht viel Gutes erhoffen. Und würden sie gegebenen Falles dann auch den moralischen Mut besitzen, sich entgegen solchen Modeströmungen wie Pazifismus und Abrüstung und entgegen ihrem nächsten Parteiinteresse für das im Todeskampf liegende Europa einzusetzen? Fühlen sie sich überhaupt noch als Europäer?

Inzwischen geht die offiziöse Propaganda für Abrüstung und Pazifismus weiter, übt ihre schwächenden Wirkungen aus, und niemand hat den Mut, gerade an dem klassischen Beispiele des japanischen Vorgehens den Völkern zu zeigen, daß die Welt letzten Endes eben doch nicht durch Phrasen und Ideologien, sondern durch die bitteren Notwendigkeiten des Daseins regiert wird, von Forderungen, die sich durch Theorien und Phrasen nicht eindämmen lassen, sondern als Gewalten elementarster Art auch nur durch Gewalt bekämpft werden können, in Zukunft so gut wie immer auch bisher.

Man vergesse nicht: alle Herrschaft beruht auf Gewalt und besteht daher auch nur, so lange Gewalt gebraucht wird, vor allem die Kolonialherrschaft. =sr.

Bücher Rundschau

Um die schweizerische Erneuerung.

Paul Lang: Tote oder lebendige Schweiz? Schriften der Neuen Front; Rascher, Zürich, 1932; 163 S.; Fr. 5.

Zwei Hauptmängel kennzeichnen das Geschichtsbild der am Ruder befindlichen Generation: es ist zu sehr nur eine Rechtfertigung und Verherrlichung der liberalen Schweiz des 19. Jahrhunderts. Was seither geschehen ist und geschieht, vermag es nicht zu deuten. Und anderseits macht es aus der Geschichte der Schweiz zu sehr eine Lokalgeschichte. Gewiß ist es gut, nach dreihundert Jahren innerer und äußerer Abhängigkeit von fremdem Einfluß das eigene Selbst-